

Da diese Auseinandersetzung nicht stattfand, behielt Kaiser seine Freunde. Fünf Monate nach der Republikflucht Kaisers stellten wir fest, daß drei Mitarbeiter der Abteilung, darunter der Genosse AGL-Vorsitzende, mit Kaiser in brieflicher Verbindung standen.

Nun war es nötig, zu diesem neuen Sachverhalt, nachdem er aufgedeckt war, sowohl in der Parteiorganisation als auch in einer Abteilungsversammlung Stellung zu nehmen. Die Lage war jetzt wesentlich komplizierter als zu dem Zeitpunkt der Republikflucht Kaisers. Was wir damals versäumten, mußte jetzt erfolgen. Jetzt stellte sich heraus, daß eine ganze Reihe von Mitarbeitern der Abteilung, darunter auch Mitglieder unserer Partei, Kaiser noch immer als einen „guten“ und sogar als „zuverlässigen Kollegen“ betrachteten. Die „herzlichen Grüße und besten Wünsche für den weiteren Lebensweg“, die man Kaiser anläßlich seines Geburtstages nach Westdeutschland sandte, trugen auch die Unterschrift eines Mitgliedes unserer Partei.

Bei einer solchen widerspruchsvollen Haltung eines Teiles der Genossen und Mitarbeiter dieser wichtigen Abteilung beim Rat des Bezirkes ist es auch kein Zufall, daß der Kampf gegen die Republikflucht auf dem ganzen Gebiet der Örtlichen Wirtschaft im Bezirk Leipzig ungenügend geführt wurde.

Die Lehre, die wir daraus gezogen haben, besteht vor allem in der Erkenntnis, daß es die Pflicht eines jeden Genossen, vor allem aber der Parteileitungen im Staatsapparat ist, solche Widersprüche zwischen Wort und Tat, zwischen den politischen und ökonomischen Aufgaben eines Mitarbeiters des Staatsapparates und der Haltung des einzelnen aufzudecken, auszudiskutieren und zu beseitigen. Das trifft nicht nur auf den Kampf gegen die Republikflucht, sondern auf alle staatlichen Aufgaben zu, die täglich zu lösen sind.

So haben wir z. B. im Zusammenhang mit der Beschränkung des Reisens in die NATO-Staaten durch eine in unseren Parteiorganisationen geführte offensive Diskussion erreicht, daß jetzt die Mehrzahl der Mitarbeiter ein richtiges Verhältnis auch zu dieser politischen Frage gefunden hat.

Die richtige Lösung der staatlichen Aufgaben durch die Mitarbeiter des Staatsapparates hängt in erster Linie davon ab, in welchem persönlichen Verhältnis sie selbst zur Politik unserer Partei und der Regierung stehen, wieweit sie Klarheit über die politischen und ökonomischen Grundfragen besitzen. Entscheidend ist dabei nicht die formale Zustimmung zu dieser oder jener Sache, sondern die Überzeugung von der Richtigkeit dessen, dem man zugestimmt hat, der kämpferische Einsatz für die Verwirklichung unserer Beschlüsse.

In den meisten Mitgliederversammlungen unserer Parteiorganisationen wurden z. B. die Beschlüsse des Zentralkomitees oder der Regierung mehr oder weniger gut kommentiert. Die Beschlüsse des örtlichen Parteiorgans, also der Bezirksleitung bzw. ihres Büros und die Beschlüsse des Bezirkstages und des Rates wurde jedoch nur ungenügend behandelt. Wie sich das auswirkt, soll nachstehendes Beispiel zeigen.

Der Bezirkstag Leipzig hatte beschlossen, daß 1957 im Bezirk 14 000 Hektar Silomais anzubauen sind. Erreicht wurden aber nur 5616 Hektar. In den Mitgliederversammlungen unserer Parteiorganisationen, natürlich auch in der Parteiorganisation der Abteilung Landwirtschaft, war zur Bedeutung des Maisanbaus Stellung genommen worden. Formal waren alle Genossen dafür, daß die Anbaufläche für Silomais beträchtlich zu erhöhen ist. Der Beschluß des Bezirkstages wurde jedoch nicht zur Grundlage für die Lösung der konkreten Aufgabe.